



# Von der Leyen im Naziwahn – Wehrmachtsbild von Altkanzler Helmut Schmidt abgehängt

Ursula von der Leyen muss dringend von ihrer Unfähigkeit, mit der sie seit Jahren als Verteidigungsministerin wütet, ablenken. Und so wird nun offenbar Altkanzler Helmut Schmidt (Foto) zum Symbol für ihren Kampf gegen Nazis und gegen Rechts per se. In der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität, wo die Offiziersausbildung der Bundeswehr stattfindet, ließ sie ein Foto des Namensgebers aus dem Jahr 1940, das im Flur des Wohnbereichs der Uni hing und ihn in Wehrmachtsuniform zeigt, abnehmen.

*(Von L.S.Gabriel)*

Der 1918 geborene Helmut Schmidt gehörte im Zweiten Weltkrieg, wie viele Deutsche, die keineswegs Nazis waren, der Wehrmacht an.

Anstelle des Bildes [hängt nun der Hinweis](#):

*Dieses Bild ist auf dieser Wohnebene leider nicht verfügbar, da es Helmut Schmidt als Offizier in Uniform zeigt. Das Aufzeigen einer Gemeinsamkeit zwischen dem Namensgeber dieser Universität und den studierenden Offizieren und Offiziersanwärtern ist hier unerwünscht. Das tut uns leid.*

Laut einem Universitätssprecher seien die Studenten von ihrem Vorgesetzten angewiesen worden, das Bild zu entfernen.

Nach dem noch immer nicht geklärten Fall des unter Terrorverdacht stehenden Soldaten Franco A., der es schaffte als deutscher Bundeswehrsoldat in Deutschland einen Asylstatus zu erhalten ([PI berichtete](#)), wird in der Truppe fast schon krankhaft nach „Nazis“ und etwaigen dazu passenden Utensilien, wie eben Bildern oder Stahlhelmen und Gewehren gesucht. Diesem Verfolgungswahn fiel auch das Bild des 2015 verstorbenen Altkanzlers Schmidt zum Opfer.

Schon im vergangenen Jahr hatte das Verteidigungsministerium das Streitkräfteamt beauftragt, die Bundeswehr-Ausgabe des Liederbuches „Kameraden singt!“ zu stoppen. Lieder wie „Schwarzbraun ist die Haselnuss“ oder das „Westerwald-Lied“ sollen offenbar von der Liederliste verschwinden.

Ob die Helmut-Schmidt-Universität jetzt auch ihren Namen ändern wird müssen, weil ihr Namenspatron nun dem allgegenwärtigen Naziverdacht unterliegt, ist noch nicht bekannt.

Dieser wilde Aktionismus wirkt viel mehr wie der Wunsch Geschichte und ihre damit verbundenen Menschen verschwinden zu lassen, als jedes verblichene Bild, vergessene Symbol oder auch der Wunsch, die Last einer alten Schuld nicht auch noch unseren Urenkeln aufzubürden, es je könnten.

[Helmut Schmidt](#) würde dazu wohl sagen:

*Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.*

---



# Autofahrer angegriffen: "Ich mach' dich tot."

☒ Bremen ist so bunt wie gefährlich, hat es nun neben einem Clan-Problem auch noch das, mindestens ebenso gewalttätiger Asylforderer. Das bekam kürzlich der 61-jährige Tankstellen-Kassierer Reiner D. (Foto, li.) zu spüren. Er wurde um etwa 5.20 Uhr auf seinem Weg zur Arbeit im Bremer Stadtteil Woltmershausen Opfer einer Prügelattacke. Er hatte das Pech mit seinem Auto das Territorium eines afrikanischen Herrenmenschen auf seinem, wohl von Gutmenschen gespendeten, Fahrrad zu kreuzen. „Ich hielt an. Von links kam ein Radfahrer, er hatte genug Platz. Doch er pöbelte, warf sein Rad vor meinen Wagen und flippte völlig aus“, [berichtet der Fahrzeuglenker](#). Er stieg aus und wollte den Tobenden beruhigen. Da stürzte sich das „Goldstück“ auf den 61-Jährigen und brüllte: „Ich mach' dich tot.“ Reiner D., der sein Handy in der Hand hielt, drückte dabei auf den Auslöser. So entstand obiger Schnapsschuss vom Täter.

Der Tankstellenkassier sagt: „Ich hatte Todesangst!“ Erst als er die nahende Polizeisirenen hörte ließ der Schwarze von ihm ab. Polizeisprecher Nils Matthiesen berichtet: „Der 44-Jährige versuchte eine Beamtin zu würgen und einen Kollegen zu beißen. Wir überwältigten ihn mühsam.“

Reiner D. trug sichtbare Verletzungen von dem Angriff davon. Gegen die Prügelfachkraft wurde Anzeige u.a. wegen schwerer

Körperverletzung erstattet. Wir gehen davon aus, dass der Schläger aber schon bald wieder frei sein und auf die Bevölkerung losgelassen wird.

---

## So verdrehen Medien eine AfD-Rede

☒ Groß war die Aufregung, heftig die Empörung. Schon wieder hatte die AfD für einen Skandal gesorgt – angeblich. Tatort diesmal: der Landtag von Baden-Württemberg. Von einer „Grenzüberschreitung“ sprach die CDU. „Unglaublich“, echauffierten sich die Grünen.

Was war geschehen? Der AfD-Abgeordnete Rainer Podeswa hatte in einer Rede die Klimapolitik der Grünen attackiert und der Partei vorgeworfen, sich in der Frage des Klimawandels ideologisch verrannt zu haben. Dann zog Podeswa einen Vergleich: Im 15. Jahrhundert hatte es durch mehrere Hagelunwetter, Nässe und Kälte zahlreiche Mißernten gegeben. Verantwortlich gemacht wurden dafür unter anderem Frauen, die man für Hexen hielt. 1486 erschien der sogenannte „Hexenhammer“, eine Art Anleitung zur Enttarnung und Verfolgung von Hexen.

Wörtlich sagte Podeswa: „Die haben damals Hunderte von Frauen verbrannt und damit das Klima gerettet. Das sind die Ergebnisse einer öko-stalinistischen, schon wahnhaften Mission, die Sie in diesem Thema verfolgen. Wir von der AfD stehen für eine Klima-, für eine Wirtschafts- und eine Gesellschaftspolitik der Vernunft.“

So weit, so unaufregend. Nun hätten die Grünen den Vergleich



# "Naziwerfen"

☒ Die linke minderbemittelte SPD-Jugend hat offenbar in Ermangelung geistiger Kapazitäten für Aufgaben, die mehr Denkleistung erfordern, das alte Spiel des Dosenwerfens dahingehend modifiziert, dass der gemeine Linke seinen Hass auf Andersdenkende – also auf all jene, die sich um ihr Land und seine Bürger mehr sorgen als um ausländische Gewalttäter – freien Lauf lassen kann. Das linkslustige Spiel heißt „Naziwerfen“ und die Dosen, die es mit Bällen zu treffen und umzuwerfen gilt, zieren die Konterfeis von u.a. Björn Höcke, Frauke Petry, Alexander Gauland, Frankreichs Marine Le Pen, Hollands Geert Wilders und US-Präsident Donald Trump. Seit Mittwoch kann in der Neusser Innenstadt auf diese als „Nazis“ titulierten Politiker geschossen werden.

Am Mittwochabend wurde das „sportliche Ereignis“, im Sinne der Verbreitung von Hass und der Herabwürdigung auch der Wählerschaft dieser Politiker, sogar [live auf Facebook](#) gestreamt. Mit dabei beim Faschistenspaß war u.a. auch Bürgermeister Reiner Breuer (SPD), wie die [Rheinische Post berichtet](#).

Da wir Wahlzeiten haben gab es von zumindest der CDU Kritik: „Ich sehe Trump in einigen Punkten sehr kritisch, aber so kann man nicht mit Menschen umgehen. Auch die Auseinandersetzung mit den AfD-Leuten muss man anders führen. Auf diese Weise ist es einfach nur primitiv“, so die CDU-Fraktionsvorsitzenden Helga Koenemann.

Die linken Primitiven, sehen das naturgemäß anders. Die stellvertretende Vorsitzende der Neusser Jusos, Sarah Bührt (Foto, re.), will die Aktion als „Satire“ verstanden wissen. Wenn man eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus wollte, so müsste man das anders machen, dies sei nur eine Überspitzung, so die Verantwortlichen. Das heißt dann wohl, es ist doch keine Satire, denn die Jusos

sehen diese Politiker als „Rechtsextremisten“.

Vermutlich findet die SPD in ihrer Neusser Kindergartengruppen wieder ganz besondere „Talente“ für den Aufstieg in höhere Klassen des Kaders für Gesellschaftszersetzung. (lsg)

---

## **Nicolaus Fest zum AfD-Wirtschaftsprogramm**

„Willkommen zum fünften Teil meiner Führung durch das Wahlprogramm der AfD. Heute: Wie sieht das Wirtschaftsprogramm der AfD aus? Ganz einfach: Die AfD setzt auf soziale Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard vertrat. Genau dieses Rezept hat Deutschland einst das Wirtschaftswunder geschenkt. Und genau das brauchen wir wieder. [...]“ (Weiter im Video von Dr. Nicolaus Fest)

---

## **Sonja James solidarisch mit Xavier Naidoo**

☒ Die Sängerin [Sonja James](#) widmet mit sofortiger Wirkung ihren Song „Thank You Germany“ den Söhnen Mannheims und Xavier Naidoo. Sonja James, Kriegskind aus Bosnien mit Lebenserfahrungen in einem Land mit gefährdeter Meinungsfreiheit und nationalistischen Spannungen, sagt in ihrem Lied wörtlich: *Deutschland, für meine Freiheit, für*

*meine Träume, für alle Möglichkeiten, die Du mir gegeben hast. Dafür, dass Du mich ... mit offenen Armen aufgenommen hast, dafür, dass Du mich nimmst wie ich bin, dafür möchte aus vollem Herzen sagen: Danke Deutschland!*

Sonja James wohnt in Kehl, gehört aber zur Mannheimer Künstlergemeinschaft, hat ihre Videos und Songs u.a. im Mannheimer Studio Schraubfabrik produzieren lassen.

Hintergrund der Aktion: Xavier Naidoo's neuer Song sorgt gerade für Angriffe auf den unangepassten Sänger. Die Mannheimer „Politik-Marionetten“ um Mannheims Oberbürgermeister luden die „Söhne Mannheims“ um den Sänger Xavier Naidoo, Mitautor des nach deren Ansicht eigentlich auf den Index gehörenden Song „Marionetten“, zu einem „Krisentreffen“ – welche Krise? – und verlangten allen Ernstes Aufklärung über die „antistaatlichen Aussagen“ in dem Titel. Sonja James: „Gute Musik war immer ‚antistaatlich‘ – selbst in Eurer alten DDR. Was sind das für Schwachköpfe? Die werfen Xavier sogar vor, Nazi und Rassist zu sein. Denen ist selbst noch nicht einmal aufgefallen, dass seine Hautfarbe nicht von Urlaub etwas dunkler ist.“

Sonja James: „Meinen Deutschlandsong habe ich nicht geschrieben für bescheuerte Politfunktionäre, die Künstler wie Xavier mobben und ihnen Existenz und Leben schwer machen, weil sie ihm Mainstream-Texte diktieren wollen. Das ist die Vorstufe von Kunstdiktatur – das hatte ich schon! Freiheit ist die Freiheit der Andersdenkenden. Der Satz ist von Eurer Rosa Luxemburg. Xavier muss seine Musik nicht verteidigen oder erklären. Die spricht für sich! Wir Künstler dürfen uns das nicht gefallen lassen. Ein Angriff auf Xavier ist ein Angriff auf uns alle!“

Der Aufruf der Sängerin an alle Freiheits- und Xavier-Fans lautet: “Wenn Du der gleichen Meinung bist wie ich, dann teile diesen Post, kommentiere ihn mit Deinem persönlichen Protest und like ihn!“



Kontakt:

» [info@sonja-james.com](mailto:info@sonja-james.com)

» [Facebook](#)

---

# **Tillschneider (AfD): "Bildet euch ja nicht ein, hier Wurzeln schlagen zu können!"**

☒ Die AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt hat vor ein paar Tagen gefordert, Sonderklassen für Flüchtlingskinder, die keine oder nur eine zeitlich begrenzte Bleibeperspektive in Deutschland haben, einzuführen. [Nachdem wir am Donnerstag](#) das Video der Einbringungsrede des Sprechers für Wissenschaft, Bildung und Kultur der AfD-Fraktion, Dr. Hans-Thomas Tillschneider, vom 5. Mai gezeigt haben, liegt uns jetzt auch sein Redetext im Wortlaut vor, den wir wegen der Relevanz noch gesondert nachfolgend dokumentieren.

Rede von Dr. Tillschneider:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Wir allen wissen: um unsere Schulen steht es schlecht. Es fehlt an Lehrern. Im ländlichen Raum fehlt es auch an Schulen. Die Unterrichtsversorgung ist unzureichend. Die systematisch überlasteten Familien laden immer mehr Probleme, die sie eigentlich selbst lösen müßten, auf die Schule ab, und die, die von der Schule gehen, sind immer schlechter qualifiziert.

Die Politik bürdet der Schule Probleme auf, die keine schulischen sind, sie zwingt die Schulen gegen alle

pädagogische Vernunft, behinderte und normal begabte Kinder gemeinsam zu unterrichten, und als wäre all das nicht genug, verlangt die Politik von der Schule nun auch noch, sie solle einen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge leisten.

Nicht genug, daß die Masseneinwanderung zu sozialen Unruhen geführt und den Terror nach Deutschland gebracht hat, nicht genug, daß die Masseneinwanderung den Staatshaushalt und die Sozialsysteme belastet und auf die Löhne drückt, nein, als wäre all das noch nicht genug des Schadens, haben Sie, werte Damen und Herren von den Altparteien dafür gesorgt, daß auch unsere Kinder die Segnungen der Masseneinwanderung am eigenen Leib zu spüren bekommen!

Ich frage mich: Was geht in Politikern vor, die solche Zustände sehenden Auges herbeiführen?

Seitdem im Spätsommer 2015 der erste Migrationstsunami über unser Land hinwegging und Scharen von Flüchtlingskindern an unsere Schulen kamen, ist die Situation unerträglich.

Man hat für diese Flüchtlingskinder zwar spezielle Sprachförderklassen eingerichtet und dafür sehr schnell Geld locker gemacht, Geld übringens, das in den Jahren davor, als es um unsere eigenen Kinder ging, angeblich nie da war.

Wenn es sich nun wenigstens um eine sinnvolle Investition gehandelt hätte, aber nein, es war wie so vieles, was die Regierung tut, eine sinnlose Verpulverung von Steuergeld. Diese Sprachförderklassen sind, anders als man vielleicht denken mag, keine Sonderklassen für Flüchtlingskinder, sondern nur eine Art Ergänzungsangebot zum Regelunterricht. Von Anfang an haben Flüchtlingskinder auch Unterricht in den Regelklassen besucht und besuchen ihn immer noch – eine Fehlentscheidung mit katastrophalen Auswirkungen!

Wenn diese Kinder tatsächlich vor Krieg geflüchtet sind, sind sie traumatisiert und damit leider oft sozial auffällig, nicht selten auch regelrecht brutalisiert. Wenn es sich aber um

Wohlstandsflüchtlinge handelt, sind sie undiszipliniert und frech und gehen ihrer Umwelt mit einem abgehobenen Anspruchsdenken auf die Nerven. Diese Kinder sind für eine normale Klasse keine Bereicherung, sie sind eine Belastung.

Erst neulich hat eine Lehrerin aus Merseburg mir hinter vorgehaltener Hand erklärt, welche Zustände wirklich an den Schulen herrschen. Es ist noch viel schlimmer, als es in der Zeitung steht. Viele Flüchtlingskinder zeigen keinerlei ernsthaftes Interesse, etwas zu lernen. Sie betrachten die Schule als eine Vergnügungsstätte, stören und nehmen nur sporadisch am Unterricht teil. Deutsche Kinder werden verspottet und verhöhnt. Offene Gewalt gegen deutsche Kinder wie kürzlich in Dessau ist an der Tagesordnung. Die kulturellen Differenzen sorgen unweigerlich für Konflikte.

Wie aus dem Hilferuf der Rektorin der Magdeburger „Thomas-Müntzer“-Schule hervorging, stört allein schon die hohe Fluktuation den Unterrichtsbetrieb. Mal werden einige Flüchtlingskinder abgeschoben, mal werden einige verlegt, so daß sich wöchentlich die Zusammensetzung der Klassen ändert. Unsere Kinder finden nicht die Ruhe, die sie zum Lernen brauchen, und die Lehrer können sich nicht angemessen vorbereiten.

Selbst aber wenn all diese Probleme gelöst wären, wenn die Zusammensetzung der Klassen konstant bliebe, wenn die Flüchtlingskinder ihre kulturellen Gepflogenheiten zurückstellen und sich anpassen würden, wenn sie brav in ihrer Reihe sitzen, ihre deutschen Kameraden nicht drangsalieren und sich strebsam am Unterricht beteiligen würden – dem ist nicht so, aber selbst, wenn dem so wäre – bliebe doch der Umstand, daß, wie zahlreiche Studien zeigen, der gemeinsame Unterricht von Muttersprachlern und Nichtmuttersprachlern das Niveau absenkt – und das in einer Situation, in der unser Schulsystem auch ganz ohne Extrabelastung durch Flüchtlinge schon unter einem sinkenden Qualifikationsniveau der Absolventen leidet.

Man könnte wirklich glauben, es ginge so manchem

Altparteienpolitiker darum, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß an unseren Schulen gar nichts mehr gelernt wird.

Für uns, die AfD-Fraktion, dagegen ist klar: Diese untragbaren Zustände müssen sofort beendet werden. Wir brauchen Sonderklassen für Migranten! Das liegt im Interesse unserer Kinder und dieses Interesse hat für uns Priorität, denn wir, werte Kollegen, wir machen Politik für das eigene Volk.

Merkel hat gesagt „Wir schaffen das“ – sie hätte besser sagen sollen „Wir überlassen das – euch“ – denn darauf läuft es hinaus. Unsere Kinder müssen ausbaden, was die Altparteienpolitiker verbochen haben!

Die einfachste Lösung wäre nun sicherlich, die Schulpflicht für Flüchtlingskinder auszusetzen. Das ginge rechtlich. So einfach aber wollen wir es uns von der AfD-Fraktion nicht machen. Bei allem gerechten Zorn dürfen wir nämlich nicht vergessen, daß die eigentlich Schuldigen der Misere nicht die Flüchtlinge und nicht deren Kinder sind, sondern die Politiker.

Für diejenigen, die tatsächlich verfolgt sind und voraussichtliche einige wenige Jahre hier bleiben werden, wäre es eine unbillige Härte, müßten ihre Kinder diese Zeit untätig vergeuden. Wir sollten also dafür Sorge tragen, daß sie unterrichtet werden und sich während der wertvollen Kindheitsjahre, in denen sie so aufnahme- und prägefähig sind wie später nie wieder, auch im Exil in Deutschland bilden können.

Allerdings hat unsere erste Sorge unseren eigenen Kindern zu gelten! Erst, wenn wir diese Pflicht erfüllt haben, dürfen wir uns den Flüchtlingskindern zuwenden. Der Unterricht für die Flüchtlingskinder ist folglich so zu organisieren, daß unsere eigenen Kinder dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt werden.

Deshalb fordern wir Sonderklassen für Flüchtlingskinder, in denen sie getrennt von den Deutschen unter ihresgleichen

unterrichtet werden.

Angesichts des Lehrermangels ist dabei eine Klassengröße von 30 bis 40 oder auch mehr anzupeilen. Die Flüchtlingskinder kennen es aus Syrien nicht anders, und schließlich sind sie nicht geflüchtet, um sich nach deutschen Maßstäben unterrichten zu lassen, sondern um einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben zu entgehen. Wir müssen den Flüchtlingskindern keinen pädagogischen Luxus bieten. Es reicht völlig aus, wenn wir uns bei der Gestaltung des Unterrichts an den Verhältnissen orientieren, die in den Herkunftsländern üblich sind.

Dabei geht es nicht nur darum, unsere Ressourcen zu schonen, sondern auch darum, den Flüchtlingskindern keine falschen Hoffnungen zu machen.

Wir kommen hier an einen Punkt, den die etablierte Politik nur allzu gerne ausblendet: Asylbetrüger und Wirtschaftsflüchtlinge müssen unser Land unverzüglich verlassen, das versteht sich ganz von selbst, aber auch anerkannte Flüchtlinge, die echte Verfolgungsgründe geltend machen können, genießen nur ein Gastrecht auf Zeit. Nach Wegfall der Verfolgungsgründe müssen auch sie unser Land sofort verlassen. Es kann hier also nicht darum gehen, sie in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Und auch deshalb sind ihre Kinder getrennt von den deutschen Kindern zu unterrichten.

Indem die herrschende Politik alles unternimmt, damit die Flüchtlinge sich hier festsetzen und im Zusammenhang mit Flüchtlingen immer wieder von Integration spricht, zeigt sie, daß es ihr in Wahrheit gar nicht darum geht, Menschen in Not temporär auszuhelfen. Es geht ihr in Wahrheit um nichts anderes als einen großangelegten Bevölkerungsaustausch! Die herrschende Politik nutzt die Flüchtlingskrise, um ein lange gehegtes Überfremdungsprojekt einen guten Schritt voranzubringen.

Die AfD hat gegen humanitäre Hilfe für Menschen in Not nichts einzuwenden, seien Sie aber versichert, daß wir uns der systematischen Überfremdung unseres Landes mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen werden.

Wir müssen den Flüchtlingskindern von Beginn an die Botschaft vermitteln:

„Ihr könnt, so lange bei Euch zuhause Krieg herrscht, hier bleiben. Danach aber müßt ihr in Eurer Land zurückkehren. Bildet euch also ja nicht ein, hier Wurzeln schlagen zu können und bereitet euch am besten jetzt schon auf Eure Rückkehr vor!“

Wenn wir nicht wollen, daß sich die Geschichte der türkischen Gastarbeiter wiederholt, die nach wenigen Jahren wieder gehen sollten und hier geblieben sind;

wenn wir nicht wollen, daß sich die Geschichte der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon wiederholt, von denen auch viele nicht in ihrer Heimat zurückgekehrt sind und deren Clans nun unsere Städte unsicher machen; wenn wir nicht wollen, daß sich das im Fall der syrischen Flüchtlinge wiederholt, sollten wir alles daran setzten, gerade keine Integration zu betreiben.

Integrieren müssen wir nur diejenigen, die auch unter strengster Ausgestaltung und Anwendung des Ausländer- und Asylrechts ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht genießen: Die Kinder dieses eng definierten Personenkreises sollten die Regelklassen besuchen, allerdings sollte ihr Anteil nicht mehr als 10% betragen, d.h. bei einer Klassengröße bis zu 19, 1, bei einer Klassengröße zwischen 20 und 29, maximal 2. Nur bei diesen Verhältnissen ist der soziale und kulturelle Anpassungsdruck so hoch, daß echte Integration, also Assimilation, gelingt.

Ein Anteil von zu integrierenden Migrantenkinder unter 10% in den Regelklassen ist auch nicht unrealistisch, wenn wir, wie von uns vorgeschlagen, all jene Kinder, die wir nicht

integrieren müssen, weil sie entweder nur ein Gastrecht auf Zeit genießen oder gar kein Gastrecht genießen, in Sonderklassen auslagern.

Die Regierung hat versprochen dafür zu sorgen, daß der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in keiner Klasse über 25% liegt. Das wären bei 24 Kindern 6 Ausländerkinder – genug, um sich in einer eigenen Gruppe abzukapseln, und damit zuviel dafür, daß Integration gelingt.

Wenn wir solche Maßstäbe anlegen, dann sieht es in Magdeburg morgen so aus wie heute in Berlin. Tun wir alles, um das zu verhindern. Die Geschichte der syrischen Flüchtlinge in Deutschland muß nicht in einem Desaster enden. Sie kann zu einer Erfolgsgeschichte werden, wenn wir von Anfang an und vor allem in der Schule die richtigen Weichenstellungen treffen.

Machen wir also den Flüchtlingen klar, daß sie Gäste sind und verhalten wir uns so, daß sie uns respektieren. Wenn die syrischen Flüchtlinge dann in ein, zwei Jahren in das befriedete Syrien zurückkehren und sich dankbar an ihre Zeit in Deutschland erinnern, ist auf Jahrzehnte die Grundlage für gute Beziehungen zu Syrien gelegt.

Setzen sich die Flüchtlinge aber als Einwanderer dauerhaft hier fest, nutzen sie unser Sozialsystem aus, ohne sich mit unserem Land zu identifizieren, werden die deutsch-syrischen Beziehungen genauso verdorben wie die deutsch-türkischen. Daß die Gastarbeiter aus der Türkei anders als geplant nicht zurückgekehrt sind, hat die traditionell guten deutsch-türkischen bzw. deutsch-osmanischen Beziehungen schwer belastet. Wenn ein Gast nicht mehr gehen will und seinem Gastgeber zur Last fällt, verdirbt das auch die beste Freundschaft. Sorgen wir dafür, daß die deutsch-syrischen Beziehungen nicht verdorben werden. Sonderklassen für Flüchtlingskinder wären dafür ein wertvoller Beitrag.

Unser Antrag brächte eine Entlastung der Schulen, eine Entlastung der Schüler und er wäre ein wichtiges

integrationspolitisches Signal. Dem sollte jeder, der den Anspruch hat, das Volk zu vertreten, zustimmen können.

Wer unseren Antrag ablehnt, der stimmt dafür, daß die Schulen mit den Folgen der Masseneinwanderung belastet werden, der stimmt dafür, daß die Schüler belastet werden und der animiert die Flüchtlinge, nicht wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Es ist ihre Entscheidung! Wie auch immer sie ausfällt, ich bin mir sicher: Der Wähler wird sie angemessen zu honorieren wissen.

---



## **Laut Gedacht #034: In Wahlgewittern**

[Gestern erstmals im Livestream zu sehen](#) widmen sich Alex und Philip in Folge 34 von „Laut Gedacht“ noch einmal den Wahlen vom vergangenen Sonntag in Schleswig-Holstein und Frankreich, berichten über den „Science Guy“ Bill Nye, der seine Erkenntnisse über die Wahrscheinlichkeit der zwei Geschlechter geändert hat, und nehmen den langen steinigen Weg der Integration der „Flüchtlinge“ mal etwas näher unter die Lupe. Viel Spaß beim Zusehen!



---

# Schweden-Kehrtwende: Alle dürfen wieder rein

☒ Im Verdrängen der Wirklichkeit ist das Merkel-Regime großartig. Die Schweden aber toppen uns fast noch. Nachdem Schweden wieder Grenzkontrollen eingeführt hatte, um zu verhindern, dass immer mehr „Flüchtlinge“ ins Land eindringen, gibt es nun die Kehrtwende im nördlichen Multi-Kulti-Land. Jetzt braucht man wieder keinen Ausweis mehr, um ins Land zu kommen. Ausgenommen davon ist die Provinz Schonen (schwed. Skane), die südlichste Region.

*(Von Chevrolet)*

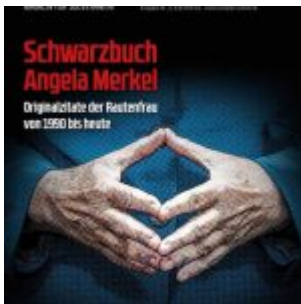
Die schwedischen Grenzen standen lange Zeit so weit offen für jedermann wie unsere. Und Schweden ist bei sogenannten „Flüchtlingen“ ähnlich beliebt wie Deutschland, besonders bei denjenigen aus Afrika und Arabien, die auf der Suche nach einer Zukunft ohne Arbeit aber mit Geld sind, denn das schwedische Sozialsystem war immer schon extrem üppig gepolstert.

Irgendwann wurde es aber selbst den naiv-dummen schwedischen Politikern zu viel und das Land verschärfte 2015 seine Asylgesetze. Das gipfelte in einem peinlichen Fernsehauftritt der stellvertretenden Regierungschefin Åsa Romson (Grüne) 2015, die in Tränen ausbrach, als sie verkündete, dass das Asylrecht auf das Minimum beschränkt würde ([PI berichtete](#)) und damit sich und das Land lächerlich machte.

[Jetzt die Kehrtwende](#): Keine Personen- und Passkontrollen mehr, stattdessen soll im Inland mehr kontrolliert werden. Die Grenzkontrollen nach Deutschland wurden bis zum Ende der

Bundestagswahl verlängert. In der Provinz Skane, wo es Häfen gibt, in denen die meisten Fähren aus Deutschland und Polen ankommen, und die Brücke endet, die Schweden und Dänemark (Kopenhagen) verbindet, bleiben die Kontrollen. Trotz aller vorangegangenen Maßnahmen haben sich die Einreisen von Asylfordernden in dieser Region im Laufe weniger Monate mehr als versechsfacht!

---



## Berlin: Polizei sucht zwei Kopftritt-Fachkräfte

✘ Mit obigen Fahndungsbildern aus einer Überwachungskamera [sucht die Berliner Polizei](#) aktuell zwei Bereicherer, die am Morgen des 4. März 2017 mit einem Paar am U-Bahnhof Mehringdamm in Kreuzberg aus „nichtigen Gründen“ einen Streit angezettelt haben. Laut Polizeibericht schlug einer der Täter dem 33-jährigen Opfer zuerst ins Gesicht, der zweite Mann kam sofort zur Unterstützung der Attacke angetrabt und schlug so heftig zu, dass der Mann zu Boden ging. Danach folgte das bei dieser Klientel übliche Ritual.

Die Gewalttäter traten dem Verletzten mehrfach gegen den Kopf. Fahrgäste eines haltenden U-Bahn-Zuges kamen dem Pärchen zu Hilfe und zogen beide in die Bahn. Die insgesamt drei Täter stiegen in einen anderen Waggon. Am U-Bahnhof Südstern wechselten die Täter in den Waggon, in dem sich das Paar

befand und versuchten das schon schwer verletzte Opfer aus der Bahn zu ziehen. Gleichzeitig wollten sie der Frau die Handtasche entreißen. Aufgrund heftiger Gegenwehr scheiterte der erneute Angriff. Daraufhin warf einer der Schläger noch eine Bierflasche in Richtung des Opfers, bevor alle drei die Flucht ergriffen. Die Frau war mit leichten Blessuren davon gekommen. Der Mann war bei der brutalen Tat so schwer verletzt worden, dass er zur stationären Behandlung in eine Klinik gebracht werden musste.

Die Tatverdächtigen werden wie folgt beschrieben: südosteuropäisches Aussehen, 17 bis 20 Jahre alt. Die Kriminalpolizei will nun wissen: Wer hat die Tat gesehen und kann Angaben machen? Hinweise bitte an die Kriminalpolizei der Direktion 5, Jüterboger Straße 4, in 10965 Berlin-Kreuzberg, Tel: (030) 4664-573100 (innerhalb der Bürodienstzeit) oder (030) 4664-571100 (außerhalb der Bürodienstzeit) oder jede andere Polizeidienststelle.

Bei solchen Fällen stellt sich uns allerdings immer wieder die Frage: Warum erst jetzt – mehr als zwei Monate nach der Tat?



## **Rendsburg: Mietführerschein für „Flüchtlinge“**

 Vorsichtig nähert sich Andom Geremedehn aus Eritrea den

ordentlich aufgestellten Abfalleimern, die zum Zwecke der Mülltrennung nebeneinander aufgereiht stehen, wie in einem deutschen Musterhaushalt. In der Hand hält er einen Eierkarton, der nun in den richtigen Behälter geworfen werden muss. Andom zögert ein wenig und entscheidet sich schließlich für „Restmüll“. Der Prüfer ist ein wenig enttäuscht: „Na ja, gut, wir können auch Brennstoff draus machen Aber eigentlich, eigentlich ist es...“ Andom: „Papier?“ Prüfer: „Ja“. Eine Woche hatte Andom nun Mülltrennung gebüffelt ([siehe Video](#)), um als „Flüchtling“ den Mieterführerschein zu bekommen und damit bessere Chancen auf dem deutschen Wohnungsmarkt zu erhalten, doch vergebens.

Zeitungen hatten sie durchgenommen, auch Papiertüten und Verpackungen aus Karton (ein flacher Quader für den neuen Fernseher) oder auch Briefumschläge mit durchsichtigem Fenster. Das war ja alles ziemlich klar, aber Eierkartons? Der Transfer war missglückt, doch der Prüfer hat Trost parat: „Es ist schwierig. Es ist schwierig.“

Auch die Größe von Töpfen und der zugehörige Durchmesser von Herdplatten erschließt sich nicht von selbst. Viele der syrischen Ingenieure hatten ihre Herde durch Assads Fassbomben verloren oder bislang über offenem Feuer gekocht. Da gerät das Wissen um ein angemessenes Verhältnis von Kochtopfgröße und Herdplatte schnell verloren. Aber kein Problem, der Trainer klärt auf: „Große Töpfe auf große Fläche...“

Wer das nun verstanden hatte, bekam das Zertifikat für „Haus- und Gerätetechnik“ am 21.03.2017. Es schloss sich an die Einheit „Mülltrennung“, für die allerdings nur eine Woche vorgesehen war, sie endete bereits am 28.3.2017. Danach war „Heizen und Lüften“ an der Reihe, da es ja nicht jedermanns Sache ist zu merken, wann man eine Heizung anstellen oder abdrehen muss. Abschluss nach zwei Wochen: 12.4., zusammen mit „Hausordnung / Mietvertrag“.

Alles zusammen ergab dann den „Mieterführerschein gegen

Vorurteile“, wie es der NDR nennt. Das umfangreiche Programm, welches von Beamten in Rendsburg aufgelegt wurde, sollte Flüchtlingen mit dem erworbenen „Mieterführerschein“ helfen, Vermieter in Deutschland von ihren Fähigkeiten zu überzeugen, so dass sie leichter eine Wohnung finden können. Der NDR dazu:

*Um die realen Alltagsprobleme von und mit Flüchtlingen zu lösen, haben sich ein paar engagierte Beamte aus Rendsburg diesen Kurs ausgedacht. „Mit Samthandschuhen kommen Sie nicht weit“, findet der Initiator Uwe Jensen, ein Mann mit festem Händedruck und schwerer Aktentasche. Die Teilnahme am Projekt ist freiwillig und soll helfen, bei Vermietern Vorurteile abzubauen. [...]*

*In Rendsburg etwa hatte eine Flüchtlings-WG Pommes gemacht und das Fett auf dem Herd vergessen. Plötzlich stand die Pfanne in Flammen. Die Flüchtlinge versuchten das heiße Fett mit Wasser zu löschen. Eine schlechte Idee: Es kam zu einer kleinen Explosion. Zu Schaden kam niemand, aber die Dunstabzugshaube war hinüber, die Küche musste renoviert werden. „In einer kleinen Stadt wie Rendsburg spricht sich so was unter Vermietern schnell rum“, sagt Jensen. Das führe dazu, dass einige Vermieter nicht so sehr gern an Flüchtlinge vermieten. [...]*

*Mit dem „Mieterführerschein“ will er versuchen, diesen Vorbehalten etwas entgegen zu setzen. Seine Schützlinge würden den Vermietern dadurch zeigen, dass sie motiviert sind, mit dem Eigentum der Vermieter sorgsam umzugehen.*

Wie viele Trainer und Prüfer, Schulungs-Räume und Material Rendsburg für den „Mieterführerschein“ eingesetzt hat, und was der ganze Spaß kostet, berichtet der NDR leider nicht. Es ist ja für Wohnungen für Flüchtlinge, also gut. Wer wird da noch über Geld reden?